

- Auslagerung von Material bei Verwandten und Bekannten;
- Durchführung konspirativer Treffs im sozialistischen Ausland bzw. in der DDR mit den Kontaktpartnern aus der BRD;
- gegenseitige Bestätigung für den Posteingang durch vorher abgesprochene Maßnahmen, wie z. B. die Numerierung der Briefe
- Verwendung von Kennwörtern in der Korrespondenz.

Weiterhin trafen 17 Beschuldigte für den Fall der Festnahme Vorbereitungen, die insgesamt auf die Informierung der Kontaktpartner in der BRD bzw. Westberlin zielten. Dabei wurden vorbereitete Schriftstücke an Verwandte und Bekannte übergeben, bestimmte Wörter in Briefen und Telegrammen sowie regelmäßige Zeiten für Telefonate vereinbart, die bei Nichteinhaltung auf die erfolgte Inhaftierung hinweisen sollten.

Die von Beschuldigten übermittelten Informationen, die meist auf postalischem Weg über Verwandte und Bekannte durch konkrete Rückfragen präzisiert und vervollkommen wurden, sind insbesondere zu diskriminierenden Angriffen gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR verwertet worden. Bei nachweislich 36 der in Bearbeitung genommenen Personen sind derartige Veröffentlichungen in westlichen Massenmedien erfolgt.

Von den in Bearbeitung genommenen Personen traten insgesamt

127 = 35,3 % (1977: 191 = 31,2 %)

der Übersiedlungersuchenden mit provokativ-demonstrativen Handlungen in Erscheinung bzw. drohten diese an.